

SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Calw

An den
Vorsitzenden des Kreistags
Landrat Helmut Riegger

08.02.2016

Antrag

Sicherung eines ausgewogenen Wohnraumangebots durch sozialen Wohnungsbau

Der Landrat wird gebeten,

1. Im Rahmen einer *wohnungswirtschaftlichen Konferenz* („Runder Tisch“) die Möglichkeiten verstärkten sozialen Wohnungsbaus im Kreis Calw auszuloten und in Gang zu setzen. Zur Mitwirkung sollen die Kreisgemeinden, Vertreter der Wohnungswirtschaft (einschl. Kreisbaugenossenschaft), Mieterbund, Haus & Grund, wohnungswirtschaftlich betroffene Sozialverbände, das Jobcenter sowie Vertreter des Kreistags geladen werden.
2. Parallel zu prüfen, ob durch die Gründung einer *kreiseigenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft* die ausgewogene Versorgung mit bezahlbaren Mietwohnungen besser gewährleistet werden kann.
3. Die auf den Kreis Calw anwendbaren *öffentlichen Programme der Wohnungsbauförderung* zur Information aller Interessenten übersichtlich zusammenzustellen.
4. Die Mietobergrenzen im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch zu aktualisieren.

Begründung

In Teilgebieten des Kreises Calw, insbesondere bei guter Verkehrsanbindung und gutem Arbeitsplatzangebot, besteht eine seit Jahren wachsende Unterversorgung an bezahlbaren Mietwohnungen. Entspannung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Nach einer Studie des Pestel-Instituts hätten allein im Jahr 2015 mehr als 1400 Wohnungen auf dem Markt kommen müssen, um den Bedarf zu decken. Tatsächlich werden im Kreis jährlich nicht einmal 400 Wohnungen neu zur Verfügung gestellt.

Bereits junge Familien mit normalen Einkünften finden in den betroffenen Gemeinden kaum noch eine angemessene Wohnung.

Durch die Hessebahn ist ein weiterer Bedarfsdruck zu erwarten dem rechtzeitig begegnet werden muss.

Die demografischen Probleme des Kreises können nicht gelöst werden, wenn für Menschen die im Kreis Calw wohnen möchten, der Wohnraum nicht zur Verfügung gestellt wird, den sie benötigen. Sie werden in Kreise ziehen bzw. bleiben, in denen sie entsprechende Angebote finden.

Der knappe Wohnungsmarkt führt dazu, dass es Haushalten mit geringem Einkommen immer schwerer fällt die steigenden Mieten zu bezahlen. Betroffen sind vor allem Rentnerinnen und Rentner oder z.B. Alleinerziehende, die etwa nach Altbausanierungen ihre Wohnung nicht mehr halten können.

Die aktuelle Flüchtlingssituation wird zu einer weiteren Verschärfung auf dem sozialen Wohnungsmarkt beitragen. Das Pestel-Institut hat je 100 Flüchtlinge einen Bedarf von 40 Wohnungen prognostiziert. Ob die Integration von Flüchtlingen gelingt oder ob sich soziale Spannungen entwickeln, hängt auch davon ab, wie diese Menschen mit Wohnungen versorgt werden.

Für die SPD-Fraktion

Dr. Rainer Prewo
Fraktionssprecher

Antragsteller: Lothar Kante, Daniel Steinrode